

# Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft  
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (13. Jahrgang, Nr.07, Juli 2019)  
besuchen Sie uns auch im Internet unter [www.dags-konvent.de](http://www.dags-konvent.de)

Machen Sie sich erst einmal unbeliebt, dann werden Sie  
auch ernst genommen.

*Konrad Adenauer (1876-1967)*

## Eines der ältesten Arbeitsgesetze

Seit 70 Jahren gibt es in Deutschland das Tarifvertragsgesetz. Auf seiner Basis werden in Deutschland pro Jahr mehr als 5.000 Tarifabkommen abgeschlossen, zur Zeit gibt es nach einer Erhebung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung rund 77.000 gültige Tarifverträge. Das Tarifvertragsgesetz ist eines der ältesten Arbeitsgesetze der Republik. Anfang April 1949, noch vor der Gründung der Bundesrepublik, hatte der Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebiets der britischen und der amerikanischen Zone, es erlassen. Heutzutage ist nach einer WSI-Erhebung die nachlassende Tarifbindung zu einem Problem geworden. Nur noch 55 % der Beschäftigten und 27 % der Betriebe werden von der Tarifbindung erfasst.

*aus: verdi-publik 3/2019*

## Was mich bewegt

In der letzten Zeit war ich ziemlich niedergeschlagen von dem Gefühl, dass wir bei DAGS mit unserem Anliegen, etwas zu mehr sozialer Gerechtigkeit beizutragen, in der Brüder- und Schwesternschaft wenig Unterstützung erfahren. Während meiner Reise ins Kaliningrader Gebiet, das ehemalige Ostpreußen, hatte ich nicht mitbekommen, dass wir in dieser Zeit doch positive Rückmeldungen bekommen haben. Das freut mich und ich hoffe, dass wir Wege finden, dass mehr Leute sich äußern und auch gern Vorschläge machen, womit wir uns beschäftigen sollten und wie wir dazu beitragen, dass sich etwas verbessert. Ich würde mich auch freuen, wenn wir einige neue Mitglieder bekämen.

*Walter Hamann*

## Vollzeitarbeit zum Teilzeitlohn

Viele Vollzeitbeschäftigte spüren nichts von einem Wirtschaftsaufschwung in Deutschland. Das geht aus der Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Anfrage der Linken-Abgeordneten Sabine Zimmermann hervor. Das Gehalt von 16 % der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten liegt immer noch unter 2.000 € pro Monat. Das betrifft 3,38 Millionen Männer und Frauen. Besonders stark sind Beschäftigte in Ostdeutschland betroffen. 27,5 % von ihnen haben ein Einkommen unter 2.000 €, im Westen waren es 13,5 %.

*aus: verdi-publik 3/2019*

## Deutsch-russische Freundschaft

Bei meiner Reise nach Kaliningrad hatte ich wieder Kontakte, bei denen ich auch erfuhr, dass die finanzielle Situation für viele soziale Organisationen schwierig ist. Mit zwei Organisationen bin ich auch persönlich in Kontakt und spende für sie: Das Diakoniezentrum in Gussew (früher Gumbinnen) mit dem „Haus Salzburg“ leistet u.a. ambulante Pflege für alte und kranke Menschen. Seit 1998/99 wird im "Haus Salzburg" auch eine Armenspeisung für besonders bedürftige Kinder und Jugendliche durchgeführt, die von der Stiftung initiiert und durch von dieser eingeholte Spenden finanziert wird. Darüber hinaus werden 93 Schüler einer Dorfschule in der Nähe der Stadt, auch aus Mitteln der Stiftung, mit Essen versorgt. Beim Salzburger Verein in Bielefeld kann man Spenden einzahlen, die der Stiftung in Gussew zugutekommen.

**Konto: DE53 4807 0024 0344 0500 00**

In Kaliningrad (Königsberg) im „Haus Chance“ werden elternlose Jugendliche aufgenommen und betreut, die vorher in Kinderheimen untergebracht waren und nun Hilfe für den Übergang ins Erwachsenenleben bekommen. Unterstützt wird das Haus vom „Förderverein für Jugendbildung und Wirtschaftsbeziehungen Norddeutschland-Kaliningrad e.V.“ in Lübeck. Die Vorsitzende Prof. Gudrun Schmidt-Kärner bekam kürzlich in Kaliningrad das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. Spenden kann man auf das **Konto DE35 4306 0967 2038 7943 00** einzahlen. Bei beiden Organisationen bekommt man selbstverständlich eine Spendenquittung für die Steuererklärung.

*Walter Hamann*

## Neuer Exodus

Immer mehr gut ausgebildete und junge Menschen wandern laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung, (SZ) wegen der politischen Umstände aus der Türkei aus. Der Exodus trifft die türkischen Universitäten besonders hart, wo unter der Regierung von Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan ohnehin bereits viele Forscher\*innen entlassen wurden. Nachdem sich Erdogan noch im März 2018 über die Auswander\*innen erregte: „Wir sollten ihre Tickets bezahlen und sie ins Flugzeug setzen. Solche Bürger sind nichts als eine Last für unser Land“, versucht die türkische Regierung mittlerweile, sie zum Bleiben oder zur Rückkehr zu bewegen. Rückkehrer\*innen in gefragten Branchen werden Sondergehälversprochen. Davon locken lassen sich laut SZ bislang nur wenige.

*aus: verdi-publik 3/2019*

## Leserbrief

Hallo Redaktionsteamer\*innen,

ich freu mich, dass ihr Ekkehards Reaktion abgedruckt habt. Sein Kommentar hat mir aus der Seele gesprochen! Gerne noch weitere Kommentare veröffentlichen. Ich finde, der Protest muss unter Feuer gehalten werden! Wir wollen nicht zur Tagesordnung übergehen!

Allein den Vergleich mit Orban und Co. hätte ich nicht gezogen- aber natürlich respektiere ich die Meinungsäußerung von Ekkehard.

Eine Bitte: Meinen Namen in dem Zusammenhang nicht öffentlich erwähnen.

Eure treue Leserin und Schwester ...

*(der Name ist der Redaktion bekannt)*

## Buchbesprechung

Wolfgang Kessler

### Die Kunst, den Kapitalismus zu verändern - eine Annäherung in fünf Schritten -

Publik-Forum Edition

Erscheinungstermin: Mai 2019

Preis: als Buch: 15,00 €; als eBook: 12,99 €

Über Wirtschaft wird ständig geredet, doch eine offene Diskussion über den Kapitalismus ist noch immer verpönt. Das erlebte jüngst der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert. Kaum hatte Kühnert über eine Wirtschaft nachgedacht, in der Demokratie und gesellschaftliche Verantwortung nicht vor den Werkstoren haltmachen, in der auch Enteignung kein Tabu ist – da fielen sie über ihn her. Der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) hält »Diskussionen über Enteignungen dreißig Jahre nach dem Fall der Mauer für einen Angriff aufs Gehirn«. Und Andrea Nahles sowie Olaf Scholz von der SPD kanzelten ihren Parteifreund wie einen Schulbuben ab (vergleiche Publik-Forum.de und Publik-Forum 9/2019). »Kühnert sagt die Wahrheit – und alle drehen durch«, bringt der Theatermacher Michael Herl die Debatte auf den Punkt. Herl hat recht. Denn gefährlich sind nicht die Gedanken von Kevin Kühnert, sondern jene Menschen, die sich vor diesen Gedanken fürchten. Der globale Kapitalismus der Gegenwart ist weit von jener sozialen Marktwirtschaft vor 1989 entfernt, die Volker Bouffier offenbar vor Augen hat.

Inzwischen regiert ein rasender Finanzkapitalismus die Welt. Wenige Megafonds und Weltkonzerne unterwerfen die ganze Menschheit dem Diktat der Rendite. Und die Politik öffnet diesen Investoren die Türen. In Deutschland kaufen Großinvestoren Wohnungen und treiben Mieten und Bodenpreise in schwindelnde Höhen. Beispiel Berlin: Da erwarb die Deutsche Wohnen in den letzten 15 Jahren mithilfe der Investmentbank Goldman Sachs 51 000 Wohneinheiten für zwei Milliarden Euro. Dann modernisierte sie die Wohnungen und trieb die Mieten in die Höhe. Inzwischen beträgt der Wert der Wohnungen sieben Milliarden Euro – fünf Milliarden Euro Wertsteigerung auf Kosten der Mieter.

Mit dem gleichen Ziel erwerben Investoren Pflegeheime und Krankenhäuser. Ihr Interesse gilt weder den Pflegebedürftigen noch den Kranken, sie wollen nur das Geld ihrer Investoren vermehren. Auch Datenkonzerne gehören zu den neuen Herren der Welt. Sie besitzen längst

Technologien, die die lückenlose Überwachung aller erlauben. Das chinesische Modell von Diktatur und Kapitalismus ist nicht mehr fern.

Weltweit treibt dieser Finanzkapitalismus ein Wachstumskarussell an. Durchaus auch mit positiven Folgen: 1,5 Milliarden Menschen haben von der Globalisierung profitiert. Allein China hat 800 Millionen aus der Armut geholt. Doch die Kosten sind hoch: Die Meere werden vermüllt, das Klima aufgeheizt, und eine Million Arten könnten laut einem aktuellen UN-Bericht aussterben. Hinzu kommt die tiefe soziale Spaltung der ganzen Welt. Die Entwicklungsorganisation Oxfam rechnet vor, dass noch immer 1,5 Milliarden Menschen von weniger als 1,50 Dollar am Tag leben. Gleichzeitig sei das Vermögen der 1892 Milliardäre 2018 weltweit um 2,5 Milliarden Dollar gewachsen – und zwar täglich. »Der Kapitalismus tötet«, schrieb Papst Franziskus schon 2013 in seinem apostolischen Schreiben »Evangelii Gaudium«. Natürlich ist der Kapitalismus nicht die einzige Ursache für diese Probleme. Die Bedürfnisse der Menschen scheinen unersättlich, auch sie treibt die Gier. Eine wachsende Weltbevölkerung verschärft das Problem. Aber das kapitalistische System belohnt alles, was gewinnbringend verkauft wird – egal, ob es Nutzen stiftet oder zerstört. Im Zweifel kümmern sich Investoren wenig um die betroffenen Menschen, die Demokratie, die Zerstörung von Regenwäldern oder die Aufheizung des Klimas. Sie wollen Wachstum.

Deshalb ist eine offene Debatte über die Veränderung dieses Wirtschaftssystems dringend erforderlich. Und auf Worte müssen Taten folgen: Es braucht den Mut, eine Wirtschaftsweise umzusetzen, die Mensch und Natur in den Mittelpunkt stellt. Fünf Alternativen zeigen, wie der Übergang in eine soziale, nachhaltige und menschengerechte Wirtschaftsweise gelingen kann.

*aus: Publik-Forum Extra*

*(Fortsetzung erfolgt in 08/2019)*

**Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir im Info-Blatt oder auf unserer Homepage veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.**

**Beiträge und Anregungen bitte an**

**Klaus Herrmann,**

**Email: kherrmann@kabelmail.de**

**Unsere nächsten Treffen finden statt  
am 12.08., 09.09., 14.10. und 11.11. 2019  
im Rauhen Haus,  
im Haus Weinberg (III. Stock, Besprechungszimmer.  
Wir treffen uns von 16.30 bis 19.00 Uhr.**

**Ein jeder Mensch sei schnell zum Hören, langsam zum Reden, langsam zum Zorn.**

*(Monatsspruch Juli 2019 aus Jakobus 1,19)*

Herausgeber: DAGS

Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:

Siegfried Heidler, Hamburg

Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:

31. Juli 2019